

Walter Mühlhausen

Der Typus Ebert – Anmerkungen zur Biografie des Parteiführers im Staatsamt der Weimarer Republik

„An allem war Philipp schuld.“¹ Mit diesen Worten weist der vormalige Fraktionsvorsitzende der Kasseler SPD, Fritz Tejessy, dem ehemaligen sozialdemokratischen Oberbürgermeister von Kassel, seinem Parteigenossen Philipp Scheidemann, 1938 in der Emigration die Schuld für den Verlust der sozialdemokratischen nordhessischen Bastion bereits in der Mitte der Weimarer Republik zu. Solch negatives Urteil galt dem (scheinbar) zum Verwaltungshandeln wenig geeigneten Scheidemann, haftete aber lange Zeit mehr oder weniger den Sozialdemokraten in politischen Schlüsselstellungen der Weimarer Republik generell an. Kritik kam aus den eigenen Reihen, aber auch von mäkelnden Schreibtischanalytikern, die das Klischeebild vom schwächlichen, blassen, verbürgerlichten und machtscheuen Politiker weidlich pflegten.² Kurt Tucholsky überzog das erste demokratische deutsche Staatsoberhaupt mit ätzender Kritik, stempelte ihn zum Arbeitverräter, zum „mittleren Bürger“ von denkbar „schlimmste[r] Mischung“ („persönlich rein und sachlich schmutzig“), zum „Bonzen“ und blutleeren „Papiermensch[en]“.³ Tucholsky ordnete sich damit in die Reihe der intellektuellen Kritiker ein, die in ihren Angriffen gegen Ebert (und die sozialdemokratische Führungsequipe innerhalb und außerhalb des Regierungsapparats) letztlich einen Kampf gegen die parlamentarische Demokratie führten.⁴

Solch politisch motivierte Giftpfeile schlugen populärhistorisch durch, über den intellektuell früh gereiften Sebastian Haffner hinaus, der in seiner als Lebenserinnerung apostrophierten Schilderung der deutschen Geschichte von 1914 bis 1933 zu berichten weiß, dass das penetrante „Aroma von Verrat“, das Ebert und Noske in der Revolution angehaftet habe, damals bereits bis in die „Nasen der Zehnjährigen“ (Haffner war 1918/19 elf Jahre alt) gedrun-

- 1 Landesarchiv Berlin, E 200–60, Nachlass Albert Grzesinski 3; Fritz Tejessy an Albert Grzesinski, 28. September 1938. Vgl. Walter Mühlhausen: „Das große Ganze im Auge behalten“. Philipp Scheidemann – Oberbürgermeister von Kassel 1920–1925, Marburg 2011, S. 180.
- 2 In Anlehnung an die Einleitung zu Peter Lösche/Michael Scholing/Franz Walter (Hg.): Vor dem Vergessen bewahren. Lebenswege Weimarer Sozialdemokraten, Berlin 1988, S. 7. So waren die sozialdemokratischen „Biedermänner“ im Regierungsamt beliebtes Objekt der Karikatur; auf die Bedeutung der Karikatur für die Bildformung eines sozialdemokratischen Politikers – und auf die Wechselwirkung Person und Karikatur – kann hier nicht weiter eingegangen werden. Vgl. Gaby Sonnabend: Darüber lacht die Republik. Friedrich Ebert und „seine“ Reichskanzler in der Karikatur, Heidelberg 2010.
- 3 Artikel in: „Die Weltbühne“ vom 9. Oktober 1924 (in: Kurt Tucholsky: Gesammelte Werke in 10 Bänden. Hg. von Mary Gerold-Tucholsky und Fritz J. Raddatz, Reinbek 1975, Bd. 3, S. 473); „Die Weltbühne“ vom 12. Januar 1926 (ebd., Bd. 4, S. 319); „Die Weltbühne“ vom 6. Dezember 1927 (ebd., Bd. 5, S. 402); „Die Front“ 1929 (ebd., Bd. 7, S. 16).
- 4 Deutlich hierzu Heinrich August Winkler: Der lange Weg nach Westen. Erster Bd.: Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik, München 32001, S. 467.

gen sei. Da paart sich stilistische Brillanz mit höchst fragwürdigen, aber von der historischen Wissenschaft kaum hinterfragten Wertungen.⁵

Das hält bis heute an, wie die jüngste filmische Dokumentation des Bayerischen Fernsehens von 2010 über den „Gewaltfrieden – Die Legende vom Dolchstoß und der Vertrag von Versailles“ unter Beweis stellt. Da findet man die tumben Regierungssozialisten wohl doch eher bieder und langweilig. Und in einem dümmlich-grotesken Comic des sozialdemokratischen „Vorwärts“ werden Ebert und Scheidemann im Kontrast zum hehren Parteiführer August Bebel schlicht als „Chauvis“ etikettiert.⁶ Derartige Charakteristika bekam der aus der Arbeiterbewegung in hohe Ämter gelangte Politiker an die Brust geheftet. Prototyp und qua Amt der herausragendste Vertreter war der erste Reichspräsident Friedrich Ebert.

In den letzten zwei Jahrzehnten erfolgte hinsichtlich der Erforschung der Weimarer Politikerpersönlichkeiten ein signifikanter Schub, der insbesondere aber die Führungskräfte bürgerlicher Parteien betraf.⁷ Doch kann das, was Thomas Alexander einleitend in seiner zweibändigen Studie über den preußischen Innenminister Carl Severing seinerzeit 1996 mit voller Berechtigung über die staatspolitische Funktionselite der Weimarer Sozialdemokratie bemerkt hat, dass eine biografische Aufarbeitung gerade jener Gruppe, die zum Träger der ersten deutschen Demokratie wurde, weitgehend immer noch fehle,⁸ nicht mehr in Gänze aufrechterhalten werden. Einiges hat sich schon getan – aber längst noch nicht genug: So sucht man nicht nur vergeblich nach hinreichenden Abhandlungen über die drei Reichskanzler der SPD – Philipp Scheidemann, Gustav Bauer und Hermann Müller –,⁹ sondern

5 Sebastian Haffner: *Geschichte eines Deutschen. Die Erinnerungen 1914–1933*, Stuttgart/München 112001, S. 35. Dass solche Plattitüden (wie die oben zitierte) ob ihrer ahistorischen Aussage kaum bemängelt werden, mag daran liegen, dass Kritik an dem weithin verehrten Urheber sogleich auf den Kritiker zurückschlagen würde. Ungeachtet dessen: Der Spross einer bildungsbürgerlichen Familie mit Hausmusik und -mädchen (Jürgen Peter Schmied: *Sebastian Haffner. Eine Biographie*, München 2010, S. 15 ff.) konnte so rein gar nichts mit dem aus dem kleinhandwerklich-proletarischen Milieu hervorgegangenen, glanzlosen Parteiführer anfangen. Haffner hat sich jedoch im Alter gewissermaßen für sein Urteil über Ebert entschuldigt. Vgl. ebd., S. 353 ff. und S. 467. Uwe Soukup (*Ich bin nun mal ein Deutscher. Sebastian Haffner. Eine Biographie*, Berlin 2001, S. 118 und S. 312) folgt in der Bewertung seinem jungen Protagonisten und bietet einen unausgegorenen Aufguss der alten Verratstheese.

6 „Vorwärts“ vom Juni 2011, S. 32.

7 Eberhard Kolb: *Die Weimarer Republik*, München 72009, S. 191 f. Studien zu Stresemann sind Legion, Brüning erfreut sich weiterhin eines großen Interesses, selbst der Zentrumskanzler Joseph Wirth wurde zweimal binnen Jahresfrist (1997 und 1998) aufgearbeitet. Auf die Nennung der Einzeltitel muss hier verzichtet werden; sie sind ebd., S. 308 ff., genannt.

8 Thomas Alexander: *Carl Severing – ein Demokrat und Sozialist in Weimar (Teil I)*, Frankfurt am Main 1996, S. 21.

9 Trotz folgender Versuche: Helmut Schmersal: *Philipp Scheidemann 1865–1939. Ein vergessener Sozialdemokrat*, Frankfurt am Main 1999. Unzureichend: Christian Gellinek: *Philipp Scheidemann. Eine biographische Skizze*, Köln 1994, dessen weitere Betrachtung – Christian Gellinek: *Philipp Scheidemann. Gedächtnis und Erinnerung*, Münster 2006 – wenig Neues bietet; weiter: Karl Ludwig Rintelen: *Ein undemokratischer Demokrat: Gustav Bauer. Gewerkschaftsführer – Freund Friedrich Eberts – Reichskanzler. Eine politische Biographie*, Frankfurt am Main 1993; für Müller hat es bislang nur zu Überblicken gereicht, etwa Andrea Hoffend: „Mut zur Verantwortung“ – Hermann Müller. Parteivorsitzender und Reichskanzler aus Mannheim, Mannheim 2001.

auch über einen Teil der Ministerpräsidenten,¹⁰ einen Großteil der Minister im Reich und in den Ländern,¹¹ über die Mitarbeiter in der oberen Ministerialbürokratie, die die Entscheidungsprozesse vorbereiteten,¹² oder über die an Zahl begrenzten sozialdemokratischen Oberbürgermeister vom Schlag des langjährigen Magdeburger Stadtoberhaupts Hermann Beims oder des früh von den bürgerlichen Kräften aus dem Amt geworfenen hannoverschen Robert Leinert.¹³ Das muss befremden. Denn ebenso wenig wie das Kaiserreich ohne Kaiser oder der Wilhelminismus ohne Wilhelm II. beschrieben werden kann,¹⁴ so wenig kann die Republik ohne die staatspolitische Funktionselite der Sozialdemokratie erklärt werden. Denn schließlich war Weimar ihr Staat, sie war im Wesentlichen Geburtshelfer der ersten Demokratie und ihre stärkste Stütze.

Eben weil biografische Analysen lange Zeit fehlten, verkümmerten die Männer vom Typus Ebert zur Chiffre für die Sozialdemokraten und die Sozialdemokratie von Weimar, die den gestellten Herausforderungen nicht gewachsen gewesen seien, schlicht restlos versagt haben; sie galten als typische Beispiele für den kleingeistigen, willensschwachen und phantasiearmen sozialdemokratischen Biedermann im Regierungsamt. Oft verkannt und verachtet, kaum aber verklärt wie die theoretisierenden Größen der Arbeiterbewegung, die den Beweis der Machbarkeit des Gedachten nie anzutreten brauchten.¹⁵

- 10 Hervorzuheben neben den Arbeiten zu Braun, Fellisch und Eisner (siehe Anm. 15, 16 und 39): Diethard Henning; Johannes Hoffmann. Sozialdemokrat und Bayerischer Ministerpräsident. Biographie, München 1990; jüngst für einen Badener: Günter Wimmer; Adam Remmele. Ein Leben für die soziale Demokratie, Ubstadt-Weiher 2009. U. a. fehlen Biografien der hessischen Staatspräsidenten Carl Ulrich und Bernhard Adelong.
- 11 Neben den Studien über Grzesinski und Severing (siehe Anm. 8 und 16) für die Reichsebene weiter: Wolfram Wette; Gustav Noske. Eine politische Biographie, Düsseldorf 1987; David E. Barclay: Rudolf Wissell als Sozialpolitiker 1890–1933, Berlin 1984; William Smaldone: Rudolf Hilferding. Tragödie eines deutschen Sozialdemokraten, Bonn 2000. Mitunter sind nahezu unbekannte Länderminister betrachtet worden, etwa der badische Innenminister Maier. Vgl. Michael Braun; Emil Maier (1876–1932). Eine politische Biographie, Heidelberg 1997. Keil ist zweimal kurz hintereinander Gegenstand gewesen; neben Mittag (siehe Anm. 34) mit thematischer Eingrenzung: Boris Schwitzer: Wilhelm Keil als sozialdemokratischer Finanzpolitiker im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Mannheim 2002.
- 12 Wie sie etwa (wenn auch nur für den ersten Teil der Biografie) für den seinerzeitigen thüringischen Ministerialbeamten Hermann Brill, ab 1946 Chef der hessischen Staatskanzlei, vorliegt, der allerdings der Ebert nachfolgenden Generation zuzuordnen ist und nicht zum „Typus Ebert“ zählt; vgl. Manfred Overesch: Hermann Brill in Thüringen 1895–1946. Ein Kämpfer gegen Hitler und Ulbricht, Bonn 1992.
- 13 Vgl. Susanne Miller: Sozialdemokratische Oberbürgermeister in der Weimarer Republik, in: dies.: Sozialdemokratie als Lebenssinn. Aufsätze zur Geschichte und Gegenwart der SPD. Zum 80. Geburtstag hg. von Bernd Faulenbach, Bonn 1995, S. 191–206.
- 14 Dies nach einem Artikel der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ 1978 bei Christoph Gradmann: Geschichte, Fiktion und Erfahrung – kritische Anmerkungen zur neuerlichen Aktualität der historischen Biographie, in: Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur 2 (1992), S. 1–16, hier S. 2.
- 15 In Anlehnung an das resümierende Kapitel bei Bernhard Grau: Kurt Eisner 1867–1919. Eine Biographie, München 2001 („Verkannt, verachtet, verklärt – Facetten einer sperrigen Persönlichkeit“, S. 449 ff.).

Solches fordert lebensgeschichtliche Studien nachgerade heraus, auch weil die Biografie Erklärungsmomente jenseits des Strukturalismus bietet. So hat Thomas Albrecht in seiner Studie über den preußischen Innenminister und Berliner Polizeipräsidenten Albert Grzesinski nachgezeichnet – und eigentlich Hagen Schulze mit seiner Biografie über den preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun bestätigt –, dass die Stabilität im größten Flächenstaat der Republik nicht allein auf glücklichen Zufällen und günstigen Umständen beruhte, sondern ganz entscheidend auf der Koalitionsfähigkeit und -willigkeit von pragmatisch denkenden und machtbewussten Politikern, vornehmlich der Sozialdemokratie.¹⁶

Wo stehen wir nun hinsichtlich der Erforschung des „Typus Ebert“? Wo sind die Lücken? Was ist zu tun? Dem sind fünf Problemkreise gewidmet.

Merkmale des „Typus Ebert“

Der Typus Ebert umfasst die Sozialdemokraten in herausragenden Regierungsämtern während der Weimarer Zeit. Bernd Braun hat nachgewiesen, dass diese Gruppe von Sozialdemokraten nahezu ausschließlich der Generation „Ebert“ entstammte, zu der die Geburtsjahrgänge 1861 bis 1884 zu rechnen sind.¹⁷ Zu der von Braun umrissenen Altersklasse gehörten fast alle Regierungsvertreter der Weimarer Republik aus den Reihen der SPD, alle acht Mitglieder des Rats der Volksbeauftragten, die drei Reichskanzler und alle vierzehn Reichsminister, die beiden preußischen Ministerpräsidenten Hirsch und Braun und die überwiegende Zahl der anderen 37 sozialdemokratischen Länderregierungschefs sowie auch der 153 Länderminister (wie Wilhelm-Heinz Schröder gezählt hat).¹⁸ Die Schlüsselpositionen der Übergangsphase vom Kaiserreich zur Republik wurden dabei in der überwiegenden Mehrheit von der „zweiten Pioniergeneration“ (Klaus Tenfelde) besetzt.¹⁹ Dieser zweiten Generation der Arbeiterführer um Friedrich Ebert entsprang also die exekutive sozialdemokratische Elite der ersten Demokratie. Sie verband eine lange vor 1918 herausgebildete biografisch-ideologische Gemeinsamkeit. Und ihre Mitglieder zählten schon seit der Jahrhundertwende zu den Parteibeamten.

Es bedarf der Klarstellung: Weil es hier um die in der ersten deutschen Demokratie in staatspolitischen Ämtern agierenden sozialdemokratischen Parteiführer geht, fallen Frauen, die im Kaiserreich in Spitzenfunktionen der SPD standen und nach 1918 eine Karriere im Parlament machten oder in der Partei und ihrer nahen Organisationen fortsetzten, aus dem

16 Thomas Albrecht: Für eine wehrhafte Demokratie. Albert Grzesinski und die preußische Politik in der Weimarer Republik, Bonn 1999, S. 8f.; Hagen Schulze: Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1977.

17 Bernd Braun: Die „Generation Ebert“, in: Klaus Schönhoven/Bernd Braun (Hg.): Generationen in der Arbeiterbewegung, München 2005, S. 69–86, hier S. 71ff. (generell auch zum Folgenden).

18 Wilhelm Heinz Schröder: „Genosse Herr Minister“. Sozialdemokraten in den Reichs- und Länderregierungen der Weimarer Republik 1918/19–1933, in: Historical Social Research/Historische Sozialforschung 98 (2011), S. 4–87, hier S. 6f.

19 Klaus Tenfelde: Generationelle Erfahrungen in der Arbeiterbewegung bis 1933, in: Schönhoven/Braun, S. 17–49, hier S. 46.

Betrachtungsgegenstand,²⁰ denn bekanntlich übernahm nur eine sozialdemokratische Frau ein Ministeramt in einer Reichs- und Landesregierung in der Zwischenkriegszeit, und dies auch nur als „Produkt der Revolution“ für ein paar Monate an der Schnittstelle zwischen Monarchie und Republik: Minna Fasshauer (USPD) als Volkskommissarin für Volksbildung in der braunschweigischen Revolutionsregierung von November 1918 bis Februar 1919.²¹ Frauen gelangten zwar in die Parlamente der Republik – in der Nationalversammlung befanden sich unter den 165 Abgeordneten der SPD-Fraktion 19 Frauen, unter den 22 der USPD drei Frauen –,²² und erfüllten somit eine wesentliche Grundvoraussetzung für ein Ministeramt.²³ Keine der Abgeordneten jedoch schaffte den Sprung in staatspolitische Führungspositionen auf Reichs- oder Länderebene.

So handelt dieser Aufsatz nur von Männern. Von ihnen war Friedrich Ebert nach Herkunft, Sozialisation und Aufstiegsmuster ein typischer Repräsentant der Kategorie der Parteibeamteten. Der Sohn eines Schneiders stammte aus einfachen Verhältnissen, absolvierte nach durchschnittlichem Schulabschluss erfolgreich eine Lehre in einem Handwerk, schloss sich früh der Sozialdemokratie an, stieg aufgrund eines unbändigen Engagements in der Partei von einem ehrenamtlichen Agitator zum hauptberuflichen Angestellten auf. Er bildete sich autodidaktisch fort und erklomm schließlich das höchste Parteiamt. Der Sprung auf die Zinne der Partei 1913 hob ihn aus der sozialdemokratischen Führungselite im wilhelminischen Kaiserreich heraus.²⁴

Ebert gehörte als sozialpolitischer Autodidakt, der die Arbeiter beriet, und als langjähriger Arbeitersekretär zur Gruppe der Sozialtechnologen, um einen weiteren Begriff von Klaus Tenfelde zu gebrauchen.²⁵ Dies ist wichtig, denn zum einen stellte die Tätigkeit als Arbeitersekretär eine der zentralen Karriereleitern innerhalb der Arbeiterbewegung dar,²⁶

20 Diese Bemerkungen als Antwort auf den Vorwurf während der Tagung, die herausragenden Exponentinnen des Kaiserreiches wie Clara Zetkin oder Rosa Luxemburg nicht berücksichtigt zu haben. Da diese wie Luise Zietz, die einzige Frau im SPD-Vorstand vor dem Weltkrieg, und andere bekannte Politikerinnen kein Staatsamt innehatten, gehören sie nicht zum hier zu betrachtenden Typus.

21 Schröder, S. 43.

22 Schröder, S. 43, liefert die Zahlen für die Weimarer Republik: 49 Frauen im Reichstag (9,1 Prozent von insgesamt 538 SPD-Mandatsträgern) und 138 Frauen (7,3 von 1843) in den Landtagen.

23 Vgl. einfürend Susanne Miller: Die sozialdemokratischen Parlamentarierinnen der ersten Generation, in: Miller, S. 207–228 (zuerst publiziert 1984). Zum „Typus sozialdemokratische Volksvertreterin“ vgl. Christl Wickert: Unsere Erwählten. Sozialdemokratische Frauen im Deutschen Reichstag und im Preußischen Landtag 1919 bis 1933, 2 Bde., Göttingen 1986. Für die Länder exemplarisch der Band über die weiblichen Abgeordneten aller Couleur in Hessen: Ingrid Langer: Zwölf vergessene Frauen. Die weiblichen Abgeordneten im Parlament des Volksstaates Hessen. Ihre politische Arbeit – ihr Alltag – ihr Leben, Frankfurt am Main 1989.

24 Auch wenn er nicht in die Fußstapfen des Arbeiterkaisers August Bebel treten konnte – und auch nicht wollte. Die Massenpartei benötigte an der Spitze nicht mehr den allein herausragenden charismatischen Visionär, sondern den Macher und Organisator in einem kollektiven Führungsorgan; vgl. Walter Mühlhausen: Friedrich Ebert 1871–1925. Reichspräsident der Weimarer Republik, Bonn 2007, S. 68 f.

25 Tenfelde: Erfahrungen, S. 38.

26 Vgl. Klaus Tenfelde: Arbeitersekretäre. Karrieren in der deutschen Arbeiterbewegung vor 1914, Heidelberg 1996.

genoss doch der „Volksjurist“²⁷ wegen seiner umfassenden sozialpolitischen Kenntnisse ein hohes Ansehen. Aus der Mitte der Arbeitersekretäre rekrutierte die SPD im Kaiserreich einen Großteil ihrer Parlamentarier in Reich, Ländern und Kommunen. Parlamentarische Erfahrung war vorhanden, freilich keine im Regierungshandeln. Das ließ die Verfassungswirklichkeit des Kaiserreichs nicht zu. Zum anderen handelte es sich bei den Sozialtechnologien um Männer, die bestens mit der Lage der Arbeiterschaft vertraut waren. Und das beeinflusste die politische Orientierung ganz entscheidend. Darauf ist zurückzukommen.

Über den Mangel an biografischen Forschungen

Zwei Gründe sind für das Fehlen von Biografien zum „Typus Ebert“ anzuführen: Zunächst die Person an sich. Von ihr geht wenig Anziehungskraft aus. Eine weithin überragende und strahlende Gestalt wie etwa Stresemann oder Rathenau war ein Arbeiterführer vom Schlag Eberts nicht. Man denke nur an das harsche (weithin ungerechtfertigte) Urteil über Gustav Bauer. Es fehlen Brüche und Katharsis. Sie durchliefen nicht den Wandel vom Saulus zum Paulus, wie etwa Stresemann vom Monarchisten zum Vernunftrepublikaner. Bei ihnen gibt es kein Damaskus-Erlebnis, das einen fundamentalen Wechsel von Politik markiert. Das gilt auch für Gustav Bauer, wenngleich sein Biograf einen gravierenden Positionswechsel „vom marxistisch orientierten zum extrem rechtsstehenden Sozialdemokraten“ ausmachen will.²⁸ Dem war nicht so. Leben und Denken des Arbeiterführers zeichnet ein hohes Maß an Kontinuität aus.

Den praktischen Politikern fehlte zudem die Aura jenes Besonderen, das „die Historiker und das interessierte Publikum an großen geschichtlichen Persönlichkeiten gemeinhin so stark fasziniert“.²⁹ Sie besitzen kein Charisma; selbst Ebert an der Spitze des Staats versah sein Amt ohne Glanz und Gloria, ohne Pose und Pathos, ohne brennende Reden oder zündende symbolische Akte mit nachhaltiger Breitenwirkung. Es entwickelte sich keine charismatische Herrschaft im Sinne Max Webers, keine soziale Beziehung zwischen Herrscher und Beherrschten.³⁰

Zweites Hemmnis ist die Tatsache, dass nur wenige Arbeiterführer vom Typus Ebert Nachlässe vermacht haben. Es fehlen die entsprechenden Zeugnisse – Briefe, Aufzeich-

27 Bezeichnung geprägt von Christian Stock; vgl. Walter Mühlhausen: Christian Stock 1910–1932. Vom Heidelberger Arbeitersekretär zum hessischen Ministerpräsidenten, Heidelberg 1996, S. 30.

28 So im Einbandtext sogleich vom Autor Rintelen mitgeteilt.

29 Johannes Rau im Vorwort zu: Rudolf König/Hartmut Soell/Hermann Weber (Hg.): Friedrich Ebert und seine Zeit. Bilanz und Perspektiven der Forschung, München 2¹⁹⁹¹, S. 7.

30 Vgl. Frank Möller: Einführung: Zur Theorie des charismatischen Führers im modernen Nationalstaat, in: ders. (Hg.): Charismatische Führer der deutschen Nation, München 2004, S. 1–18, hier S. 5.

nungen, Tagebücher,³¹ Erinnerungen –,³² um die Handlungen des Protagonisten in konkreten historischen Situationen an seinem Denken, seinen ideologischen Prämissen und Zielvorstellungen zu messen und nach Konstanz und Wandel im Wirken des Einzelnen vor dem Hintergrund von Rahmenbedingungen und Handlungsmöglichkeiten zu fragen. Und oftmals sind Erinnerungen ob der Dürftigkeit des Übermittelten von geringem Wert,³³ andere sind ein wahrer Steinbruch an Informationen, wenn auch einige der quellenkritischen Überprüfung nicht standhalten.³⁴ So erweist sich die Quellenrecherche als ungleich schwieriger als bei den Parteitheoretikern, die sich durch Schriften offenbaren, die – für jedermann greifbar – offen liegen. Da ist Wunsch und Wollen leicht festzumachen, liegt es doch gewissermaßen auf der Hand. Und es braucht auch nicht in der Praxis überprüft zu werden, denn das Gewollte umzusetzen, dazu kamen die wegen ihrer filigranen theoretischen Abhandlungen verehrten Parteivordenker nicht. Denken und Handlungsmotive des praktischen Politikers schlagen sich demgegenüber in den unzähligen Partei- und Akten nieder, die mühsam aufzuspüren sind. Aber ohne solche Kärnerarbeit geht es nicht. Denn nicht nur von Wilhelm II., sondern auch bei den Sozialdemokraten in den Regierungsämtern sind die weit verstreuten Randbemerkungen von Bedeutung.³⁵ Fazit: Wir haben also bei zahlreichen Politikträgern der SPD insgesamt zu wenig, um ein genuines Bild von Wer-

- 31 Vielleicht hatten die Amtsträger in der Belastung keine Zeit, ihre Gedanken zeitnah niederzulegen, wie dies das langjährige Parteivorstandsmitglied Hermann Molkenbuhr tun konnte; Bernd Braun/Joachim Eichler (Hg.): *Arbeiterführer – Parlamentarier – Parteiveteran: Die Tagebücher des Sozialdemokraten Hermann Molkenbuhr 1905 bis 1927*. Mit einer Einleitung von Bernd Braun, München 2000. Besonders schwer wiegt etwa der Verlust der umfassenden, von den Nationalsozialisten beschlagnahmten und seitdem verschwundenen Tagebücher von Scheidemann, die das Gerüst für seine Memoiren von 1928 (siehe unten Anm. 67) abgegeben haben dürften.
- 32 Die Publikation der später unter Rechtfertigungszwang verfassten (und den Zeitgenossen keineswegs gerecht werdenden) Erinnerungen erfordert höchste editorische Sorgfalt. Musterbeispiel für die vollkommen unzureichende, weil unkommentierte Edition sind die höchst kritisch zu betrachtenden Emigrationserinnerungen Scheidemanns. Vgl. Philipp Scheidemann: *Das historische Versagen der SPD. Schriften aus dem Exil*. Hg. von Frank R. Reitzle, Lüneburg 2002. Einem Erklärungsdruck, warum es zum Scheitern der Republik kommen konnte, unterliegt auch der Erinnerungsbericht Grzesinskis von 1933. Vgl. Albert Grzesinski: *Im Kampf um die deutsche Republik. Erinnerungen eines Sozialdemokraten*. Hg. von Eberhard Kolb, München 2009. Überdimensioniert in drei Bänden: Wilhelm Dittmann: *Erinnerungen*. Bearb. und eingel. von Jürgen Rojahn, Frankfurt am Main/New York 1995. Höchst informativ: Rudolf Wissell: *Aus meinen Lebensjahren*. Mit einem Dokumenten-Anhang hg. von Ernst Schraepfer, Berlin 1983. Ein Beispiel für einen Länderminister: Wilhelm Engler: *Freiburg, Baden und das Reich. Lebenserinnerungen eines südwestdeutschen Sozialdemokraten, 1873–1938*. Bearb. von Reinhold Zumtobel, hg. und eingel. von Wolfgang Hug, Stuttgart 1991.
- 33 Für den hier betrachteten Typus gilt das etwa für die Erinnerungen von Otto Braun (*Von Weimar zu Hitler, Bonn/Hildesheim 1979 – 3. Aufl. der Ausgabe New York 1940*), Gustav Noske (*Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, Offenbach 1947*) und von Reichsjustizminister Gustav Radbruch (*Der innere Weg. Aufriß meines Lebens, Stuttgart 1951*).
- 34 Wilhelm Keil: *Erlebnisse eines Sozialdemokraten*, 2 Bde., Stuttgart 1947 und 1948; vgl. Jürgen Mittag: *Wilhelm Keil (1870–1968). Sozialdemokratischer Parlamentarier zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik. Eine politische Biographie*, Düsseldorf 2001, S. 24.
- 35 Mitunter sind die Akten staatlicher Provenienz aber nicht überliefert, wie etwa für die Zeit Wilhelm Keils als württembergischer Minister. Vgl. Mittag: Keil, S. 23.

den und Wirken, von Lernen und Umlernen, von Aktion und Reaktion des Handelnden zu entwerfen.

Methodische Grundüberlegungen zur Biografie des „Typus Ebert“

Will man nun die Biografie des im Kaiserreich sozialisierten und aufgestiegenen Arbeiterführers und seine Zeit in den Schaltzentralen der Macht der Republik nachzeichnen, so erfordert das im besonderen Maße die Einbettung der historischen Persönlichkeit in ein Interessengeflecht und die Filtrierung der ihn leitenden Weltbilder, die von Herkunft, Milieuerfahrung und Standesbewusstsein geformt wurden.³⁶ Dieses Interessengeflecht des Parteiführers ist die Partei, jenes des Regierungspolitikers neben der Partei die gesamte Gesellschaft – eine fast schon banale, aber doch zentrale Erkenntnis. Die Beschreibung des sozialdemokratischen Amtsträgers muss mehr als nur Denken und Handeln erfassen, sondern sie hat die Rahmenbedingungen politisch-gesellschaftlicher Aktion in Bezug zu den persönlichkeitsimmanenten Prädispositionen zu setzen, muss in besonderer Weise „Individuum und Zeit in das richtige Verhältnis zueinander“ bringen, was Hans-Ulrich Wehler einmal als „die optimale Lösung des Dauerproblems eines jeden Biographen“ bezeichnet hat.³⁷ Denn: „Figuren und Strukturen gehören zusammen.“³⁸ Die entscheidenden gesellschaftlichen Prozesse sind also angemessen zu beschreiben und ihre Wirkung auf den Protagonisten zu erfassen. Damit grenzt sich die moderne von der (alten) klassischen Biografie ab.

Bei den Parteiführern ist die Individualität höher zu veranschlagen als beim Mann im Regierungsamt, denn dieser hat keine staatlichen Reglements ins Kalkül zu ziehen. Eine weitere grundlegende Bemerkung: Handeln von Politikern in demokratisch organisierten Staaten ist durch Verfassung und Gesetz definiert (sofern er nicht systemüberwindend agieren will), so dass das eigene Wollen beengter ist als bei Persönlichkeiten aus der Zeit vor der Verfassungsstaatlichkeit, wo individuelles Handeln kaum staatsrechtlich begrenzt war – kurzum: Der absolute Monarch war in seinen Entscheidungen freier als das repräsentative Staatsoberhaupt im Verfassungsstaat.³⁹ Für die Beschreibung der „Wechselbeziehung zwischen dem Gesellschaftlichen und dem Individuellen“⁴⁰ habe ich in meiner Studie über den Reichspräsidenten Ebert den Begriff der biografischen Funktionsanalyse geprägt. Dabei geht es bei der Betrachtung des Amtsinhabers um die Frage, welche Rolle er in der Politik der Republik spielte, welchen Rahmenbedingungen – Verfassung, Parteien, Regierungskoalitionen, öffentliche Meinung – er sich gegenüber sah, wo letztlich seine Handlungsmöglich-

36 Hans-Ulrich Wehler: *Politik in der Geschichte. Essays*, München 1998, S. 169.

37 Ebd., S. 201 (Nachdruck eines Beitrags von 1981).

38 Zitat von Hartmut Zwahr (Herr und Knecht. *Figurenpaare in der Geschichte*, Leipzig 1990, S. 7), wieder aufgegriffen von Friedrich Lenger: *Werner Sombart 1863–1941. Eine Biographie*, München 1994, S. 13 ff.

39 Darauf hat Mike Schmeitzner: *Alfred Fellisch 1884–1973. Eine politische Biographie*, Köln 2000, S. 20, hingewiesen.

40 Schulze, S. 33.

keiten und -grenzen lagen; mit den Worten von Jürgen Mittag: „Institutionelle Strukturen und individuelle Biografie sind (...) als interdependentes Beziehungsgeflecht zu betrachten.“⁴¹

Wenn der Parteiführer sich am Programm und an der Partei zu orientieren hat, so muss der Inhaber eines öffentlichen Amtes eben mehr im Blick haben: nicht mehr nur die eigene Klientel, sondern auch die Allgemeinheit. Dass Parteiinteresse und staatspolitische Notwendigkeiten nicht immer deckungsgleich waren, war ein schmerzlicher Erfahrungsprozess für die im parlamentarisch-demokratischen Spiel mit dem Zwang zum Kompromiss ungeübte und unerfahrene Sozialdemokratie, die im Kaiserreich ruhig-mutig utopische Endzielforderungen postulieren konnte, denn es bestand angesichts der Verfassungswirklichkeit im Wilhelminismus keine Aussicht, diese eigenverantwortlich realisieren zu können. Das erklärt umso mehr die Enttäuschung an der sozialdemokratischen Basis über die Ergebnisse der Revolution, als der Wunsch auf die Wirklichkeit prallte, die „Spannung zwischen Oppositionstradition und Regierungsverantwortung“ (Susanne Miller) voll durchschlug und dieser Dualismus in der jungen Republik weiterhin die Männer in den Regierungämtern begleitete.⁴² Schnell war man mit dem Vorwurf vom Verrat an den Interessen der Arbeiterschaft zur Hand, geißelte die „Regierungssozialisten“ – ein Schimpfwort einst und jetzt – oder polemisierte wie der USPD-Vorsitzende Wilhelm Dittmann 1922 vor der Wiedervereinigung der Bruderparteien im Reichstag mit dem auf die Rechtssozialisten gemünzten Satz: „Mit dem Amt verlieren sie den Verstand.“⁴³ Solches ist griffig, geht aber fehl, weil man die staatspolitische Verantwortung ignoriert und allein das Parteiinteresse zum Maßstab der Bewertung nimmt.

Determinanten des „Typus Ebert“

Die kollektive Biografie hat die Generationen der Arbeiterbewegung nach Alter, Herkunft, gesellschaftlichen Bindungen und Bildungswegen klassifiziert und kategorisiert, dabei aufgezeigt, vor welchen möglicherweise dauerhaft prägenden Entwicklungen ihre Sozialisation und ihr Aufstieg in der Arbeiterbewegung stattfanden. Vor einem solchen Hintergrund lassen sich generelle Handlungsleitlinien herausfiltern. Bernd Braun hat dies für die Kohorte Ebert getan,⁴⁴ so dass sich zusammenfassend feststellen lässt: Die Integrationsfähigkeit und Integrationswilligkeit in das politische System des Kaiserreichs war größer als bei der vorhergehenden „Generation Bebel“. Ebert und seine Alterskohorte waren pragmatischer, technokratischer, realpolitischer und letztlich revisionistischer als ihre Vorgänger. Sie wuchsen auf in einer Zeit des rasanten wirtschaftlichen und technischen Fortschritts. Das förderte die Aufgeschlossenheit gegenüber technischen Neuerungen, löste nicht nur eine ungemaine

41 Mittag: Keil, S. 27.

42 Susanne Miller: Die Sozialdemokratie in der Spannung zwischen Oppositionstradition und Regierungsverantwortung in den Anfängen der Weimarer Republik, in: Miller, S. 116–139 (Erstveröffentlichung 1974).

43 Sitzung vom 10. Februar 1922; Verhandlungen des Reichstags. I. Wahlperiode 1920, Bd. 352: Stenographische Berichte, Berlin 1920, S. 5786.

44 Braun: Typus Ebert, S. 78 ff.

Technikbegeisterung aus, sondern beeinflusste auch das politische Denken: Die Erfahrung von Fortschritt wurde als Parameter auf die politische Ebene transferiert und nährte die Erwartung an einen allmählichen demokratischen Wandel innerhalb des Systems.

Wichtig erscheint aber zudem noch eine Änderung im parteipolitischen Agieren. Vor und besonders während des Bismarck'schen Sozialistengesetzes hatte man innerparteilich in erster Linie über inoffizielle Kanäle kommuniziert. Dabei kam persönlichen Bindungen und Kontakten, Freundschaften und Netzwerken eine besondere Rolle zu.⁴⁵ Sie waren in ihrer Bedeutung gewiss höher zu gewichten als offizielle Handlungsanleitungen, also die Entscheidungen in den Gremien der Partei oder die Verlautbarungen in der Parteipresse.

Bei der zweiten Generation verlief die Kommunikation anders, unpersönlicher, technokratischer. Das Weltbild der Männer vom Typus Ebert hatte sich nach dem Sozialistengesetz⁴⁶ in einer intakten und rasant wachsenden Organisation geformt und verfestigt. Bürokratisierung der Parteiarbeit und Bürokraten als Parteiführer hießen die (zu Unrecht negativ konnotierten) Schlagworte. In der Tat entsprang aus der durch gesellschaftliche Ausgrenzung, Legalität und Wachstum bedingten Binnenorientierung auf die Partei ein ausgeprägter Organisationspatriotismus, ja geradezu ein Organisationsfetischismus.⁴⁷ Überspitzt: Nicht die Bewegung war alles, sondern die Parteiorganisation. Eine (augenscheinlich) stetig wachsende Bewegung, die die Machteroberung anstrebt, benötigt einen funktionstüchtigen Apparat, eine modern agierende Bürokratie, wobei immer die Gefahr einer Verselbständigung der Parteiverwaltung und deren Ablösung von der Basis gegeben ist, dabei der Parteifunktionär zum „Bonzen“ mutiert, wenn er fernab der proletarischen Realität und abgehoben von den Mitgliedern Politik und Praxis bestimmt.⁴⁸ Das konnte der Preis der notwendigen Professionalisierung des Parteibetriebs sein, musste es aber nicht zwangsläufig. Und der gleiche Prozess der Entfremdung konnte zwischen den Parteivertretern im Staatsamt und der Parteibasis entstehen. Die linken Kritiker innerhalb und außerhalb der eigenen Reihen waren mit solchem Urteil allerdings rasch zur Hand, wenn es galt, die „Rechtsozialisten“ abzustempeln und gar einen Interessengegensatz zwischen den Massen und den Entscheidungsträgern zu konstruieren. Da fügt es sich ein, den sozialdemokratischen Eliten Streben nach bürgerlichen Attitüden zu attestieren und festzustellen, dass sie sich mindestens im privaten Bereich weder „klassenbewusst“ noch „revolutionär“ gegeben hätten.⁴⁹ Da

45 Dies nach Ursula Reuter: Paul Singer (1844–1911). Eine politische Biographie, Düsseldorf 2006, S. 15.

46 Auch wenn Ebert als Mann der zweiten Generation sich später darauf berief, das Ausnahmegesetz erlebt zu haben – „Wir Alten, die aus der Zeit des Sozialistengesetzes den steilen Weg bis 1918 gegangen sind ...“ –, so war das in ganz jungen Jahren und nicht prägend für den weiteren Weg gewesen. Aber mit dieser Formel reihte man sich in die Phalanx derjenigen ein, die in der Heldenzeit tapfer gekämpft hatten, was einem Ritterschlag in der Bewegung gleichkam. Vgl. Rede vor Parteivertretern 6. Dezember 1922 in Dessau, in: Friedrich Ebert: Schriften, Aufzeichnungen, Reden. Mit unveröffentlichten Erinnerungen aus dem Nachlaß, Dresden 1926, Bd. 2, S. 277.

47 Ausdruck entlehnt bei Christoph Moß: Jakob Altmaier. Ein jüdischer Sozialdemokrat in Deutschland (1889–1963), Köln 2003, S. 7.

48 Siehe dazu Jürgen Mittag: Zwischen Professionalisierung und Bürokratisierung: Der Typ des Arbeiterfunktionärs im Wilhelminischen Deutschland, in: Schönhoven/Braun, S. 107–143, bes. S. 135 ff.

49 Angela Graf: J. H. W. Dietz 1843–1922. Verleger der Sozialdemokratie, Bonn 1998, S. 14 und S. 297.

bleiben Fragezeichen. Welches sind die Analysekriterien? Was ist bürgerlich, was klassenbewusst? War es Klassenverrat oder unrevolutionär, mit der fünfköpfigen Familie die Behausung im Hamburger Gängeviertel gegen eine größere moderne Wohnung mit Luft, Licht und Sonne einzutauschen und nicht mehr des Nachts heimlich Flugblätter zu drucken, sondern im Anzug und in weißem Hemd nicht nur am Ersten Mai durch den Stadtpark zu schlendern? Man hüte sich vor Plakativem, zumal die Attestierung „Verbürgerlichung“ immer negativ assoziiert ist: Von der Wertung „Verbürgerlichung“ zur Abstempelung als Konterrevolutionär, als Arbeiterverräter, ist es oft nur ein kleiner Schritt. Und von der „Verbürgerlichung der Person“ zur „Verbürgerlichung der gesamten Partei“ ist es dann auch nicht mehr weit.

Für Ebert und seine Kohorte musste die Partei – ihre Organisation – funktionieren, war doch die Einheit der sozialdemokratischen Bewegung im Kaiserreich höchstes Gut, der Grundstock politischer Macht, um das System zu reformieren und letztlich zu überwinden. Die Organisation wurde immer wichtiger vor dem Hintergrund, dass sich die SPD bis zum Ersten Weltkrieg zu einer Massenpartei von über einer Million Mitglieder entwickelte und seit 1890 von einem Wahlsieg zum nächsten eilte (mit Ausnahme der Wahlen von 1907). Für die Zeit nach der Revolution übertrugen lautete das Prinzip nun: Der von außen bedrängte und im Innern wenig befriedete Staat musste funktionieren.

Bei den Sozialtechnologen bestimmte zu Zeiten des Kaiserreichs die tagtägliche Konfrontation mit den Sorgen und Nöten des Proletariats den Standort in den ideologischen Grabenkämpfen der Partei zwischen Reformisten, Revisionisten und Revolutionären. Sie entwickelten Sinn für die Notwendigkeit sozialer Verbesserungen, besaßen Gespür für das politisch Machbare und standen ein für Verbesserungen für die Arbeiterschaft im Hier und Heute. Sie hielten nichts davon, die auf Emanzipation drängenden Arbeiter auf die utopische Heilsgesellschaft in ferner Zukunft zu trösten. Sie verabscheuten ideologische Kontroversen und theoretische Haarspaltereien um die reine sozialistische Lehre. Der Pragmatiker wollte Demokratie und sozialen Fortschritt auf dem Weg der Reform verwirklichen. Damit repräsentierte Friedrich Ebert den neuen Typus des Parteiführers und auch die Mehrheit seiner Partei, deren äußeres Erscheinungsbild allerdings weiterhin wesentlich von den Radikalen und ihren revolutionären Parolen geprägt wurde. Die Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkriegs war trotz ihrer verbalrevolutionären Attitüde eben keine revolutionäre, sondern eine reformistische Partei, die dem System Besserungen abringen und die politische Demokratie auf legalem Wege realisieren wollte.

Das war ein Parameter politischer Grundhaltung, der in die Weimarer Zeit transferiert wurde und der die Akzeptanz des parlamentarischen Spiels mit Koalitionsfindung und Kompromissen wesentlich erleichterte. Der radikale Revolutionär tat sich viel schwerer damit. Ebert und seine Gefährten hatten zuvor nicht von einem alles hinwegfegenden Kladderadatsch geträumt, sondern waren beseelt gewesen vom Glauben an die Reform der staatlichen Ordnung bis hin zu deren Überwindung. So steuerte Ebert auch in der Revolution einen behutsamen Kurs der sukzessiven Reform, nicht des abrupten revolutionären Sprungs (ins Ungewisse).

In der Erfahrung der gesellschaftlichen Ausgrenzung im Kaiserreich, die ein Kennzeichen über die Zeit der Bismarck'schen Sozialistenhatz hinaus blieb,⁵⁰ wollten die Männer um Ebert nach der Revolution keine Ausgrenzung unter anderen Vorzeichen. Es galt, mit dem Bürgertum zusammenzuarbeiten. Hierauf sollte die Demokratie auf- und ausgebaut werden. Die Integration der Arbeiterbewegung in die neue Demokratie sollte über Kooperation mit dem demokratischen Bürgertum erfolgen. Konsequenter war Ebert der Mann der Weimarer Koalition und – nach deren Mehrheitsverlust – der Werber für die Große Koalition. Dabei hielt er die ideologisch-programmatischen Hürden zwischen den Parteien für überwindbar, unterschätzte deren Hartnäckigkeit und erwartete stets eine Unterordnung parteitaktischer Ziele unter das abstrakt formulierte Wohl des Staats. Damit jedoch überforderte er die in ihren jeweiligen Sozialmilieus verhafteten Parteien, auch die eigene.⁵¹ Der Typus Ebert hatte die staatspolitische Verantwortung verinnerlicht, den Schritt von der Opposition im Kaiserreich zur Staatspolitik in der Republik gemacht. Die Partei tat sich viel schwerer damit. Selbst die Görlitzer Öffnung von 1921 hin zu einer Koalition mit der Deutschen Volkspartei wurde auf dem Parteitag 1925 in Heidelberg wieder zugunsten klassenkämpferischer Positionen zurückgenommen.

Unter den Erfahrungen des Weltkriegs identifizierte sich die Kohorte Ebert immer mehr mit der Nation. Als es Ende September/Anfang Oktober 1918 um den Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung Max von Baden ging, redete Ebert vor den zum Teil schwankenden Funktionären entschieden der Beteiligung das Wort. Das sei ihre „verdammte Pflicht und Schuldigkeit“.⁵² Hier spiegelte sich diese immer stärker gewordene Identifikation mit dem Schicksal des Reichs wider, die sich mit einem über die eigene Partei hinausreichenden Verantwortungsethos paarte – beides Elemente, die die Politik der mehrheitssozialdemokratischen Führung nach dem 9. November zentral bestimmen sollten. Als Ebert im November 1918 in die staatspolitische Verantwortung katapultiert wurde, verstand er sich als Konkursverwalter des alten (kaiserlichen) Systems und zugleich auch als Wegbereiter der parlamentarischen Demokratie. Sein pragmatisches Handeln entsprach den prägenden Erfahrungen während der sich in wilhelminischer Zeit herausbildenden Moderne.⁵³

Verantwortungsethos, Pflichtgefühl und Beharrungsvermögen waren Kennzeichen des Typus Ebert. Hermann Müller ist acht Jahre nach den wenigen Monaten als Regierungschef 1920 erneut in das Palais in der Wilhelmstraße 77 eingezogen; Gustav Bauer übernahm nach

50 Siehe im Überblick Walter Mühlhausen: Strategien gegen den Systemfeind – Zur Politik von Staat und Gesellschaft gegenüber der Sozialdemokratie im Deutschen Kaiserreich 1871–1914, in: Horst Lademacher/Walter Mühlhausen (Hg.): *Freiheitsstreben – Demokratie – Emanzipation. Aufsätze zur politischen Kultur in Deutschland und den Niederlanden*, Münster 1993, S. 283–329.

51 Grundlegend: M. Rainer Lepsius: *Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft*, in: Gerhard A. Ritter (Hg.): *Deutsche Parteien vor 1918*, Köln 1973, S. 56–80, hier S. 67 ff.

52 Auf der Sitzung von SPD-Fraktion und -Parteiausschuss am 23. September 1918. Vgl. Mühlhausen: *Ebert – Reichspräsident*, S. 100.

53 Vgl. Walter Mühlhausen: *Der Reichspräsident zwischen Tradition und Moderne. Zur Rolle Friedrich Eberts in der Republik von Weimar*, in: Ute Schneider/Lutz Raphael (Hg.): *Dimensionen der Moderne*, Frankfurt am Main 2008, S. 331–346.

dem Ende der Kanzlerschaft mehrfach ein Ministeramt. Wenn der Reichspräsident, seit Ende 1923 auf Reichsebene unter den sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern aus den Anfangstagen der Republik „der letzte der Mohikaner“,⁵⁴ vor Parteifreunden davon sprach, dass Sozialdemokraten gelernt hätten, „dort stehen zu bleiben“, wohin sie gerufen worden seien, so handelte er und die Seinen danach.⁵⁵ Man denke nur an Robert Schmidt, der fünfmal, wenn auch mitunter nur für Monate, Minister war.

Im Kaiserreich bedurfte es einer nach außen geschlossen auftretenden SPD. Als Parteiführer war der Typus Ebert um die Einheit der Partei bemüht, suchte den Kompromiss zwischen den auseinanderstrebenden Flügeln. Die Einheit der Partei war ein Wert an sich, „das Bebel’sche Vermächtnis“,⁵⁶ dem sich alle und alles unterzuordnen hatte – auch und gerade unter der Extrembelastung des Kriegs. So erklärt sich das Festhalten an dem gemeinsamen Verbund aller Richtungen, gepaart mit einer Überstrapazierung des verabsolutierten Begriffs der Disziplin (der nahezu bedingungslosen Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit in der Außendarstellung), bis es auch in seinen Augen nicht mehr möglich war, unter einem Dach zu bleiben. War für den Parteiführer die Einheit der Partei das höchste Gut, so war es für den Staatsmann Ebert die Einheit der Nation. Das verbarg sich hinter der von ihm gebetsmühlenartig propagierten „Volksgemeinschaft“. Das hatte wahrlich nichts gemein mit der autoritären, ausgrenzenden und deformierten Gemeinschaft im Sinne der NS-Ideologie. Ebert verstand unter Volksgemeinschaft politische Gleichheit, Freiheit, Einheit und Einigkeit. Er wollte die innenpolitischen Gräben zuschütten und die Vision von Einheit und Gemeinschaftlichkeit realisieren, sah sich als Einheitsstifter, war in dieser Rolle aber angesichts der inneren Zerrissenheit der Gesellschaft von Weimar mit starken antideokratischen Kräften schlichtweg überfordert.⁵⁷

Einigkeit war für Ebert auch die Maxime im Regierungshandeln; Konflikte sollten intern ausgetragen werden. Das war sein politisches Urprinzip, geformt in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, als theoretische Diskussionen die Kräfte der Partei absorbierten: „Wenn wir in Zukunft schmutzige Wäsche zu waschen haben, so gehen wir damit besser in die Waschküche, aber nicht in die Öffentlichkeit“⁵⁸ –, mahnte er nach dem konfliktreichen Parteitag in Dresden 1903 zu Geschlossenheit. Dies blieb Konstante seines Politikverständnisses: Die strittigen Fragen waren hinter verschlossenen Türen zu diskutieren; und nach der Kompromissfindung am Verhandlungstisch war der Konsens nach außen einmütig zu verteidigen. Dieses Prinzip leitete ihn als Parteivorsitzender und erst recht als Reichspräsident: sich in Entscheidungsgremien unter die Mehrheit unterzuordnen, auch wenn ihm die Entscheidung ganz und gar unliebsam war. So verteidigte er öffentlich den deutsch-sowjetrussischen Vertrag von Rapallo 1922, obwohl er ihn strikt ablehnte. In einigen Fällen hätte er mehr auf seiner Position beharren müssen, diese vielleicht auch durch öffentlichen Appell zur Geltung

54 Detlef Lehnert: Die Weimarer Republik. Parteienstaat und Massengesellschaft, Stuttgart 1999, S. 132.

55 Am 2. Dezember 1922. Vgl. Ebert: Schriften 2, S. 278 f.

56 Ebert in der SPD-Fraktion am 20. Dezember 1915; zitiert bei Mühlhausen: Ebert – Reichspräsident, S. 80.

57 Vgl. Mühlhausen: Ebert – Reichspräsident, S. 816 f.

58 „Bremer Bürger-Zeitung“, Nr. 231 vom 3. Oktober 1903.

zu bringen sollen. So wollte er die von vielen als Skandal empfundenen überaus milden Militärgerichtsurteile gegen die Mörder von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht nicht bestätigt sehen und die Verfahren neu aufrollen. Ebert fügte sich aber der Mehrheit im Kabinett, so dass der zuständige Reichswehrminister den Urteilen Rechtskraft verlieh.⁵⁹

Weil man die Entscheidung im stillen Kämmerlein zu wenig in der Öffentlichkeit erläuterte, kaum versuchte, Verständnis einzuwerben, führte dies zu massiver Kritik. Dieser Schelte von innerhalb und außerhalb der eigenen Reihen öffentlich entgegenzusteuern, lag fern der Prinzipien der Männer vom Typus Ebert. Extrovertierte Selbstdarsteller waren sie ohnehin nicht, nur einige wenige wussten sich auf diesem Feld zu profilieren. Hierbei ist zu fragen, ob es sich um ein generelles politisches Prinzip handelt, also um eine bewusste unpräzise und zurückhaltende Repräsentation in Abgrenzung der waffenklirrenden Inszenierungen des Kaiserreichs, oder ob die Politik der wenigen und dabei kaum inszenierten öffentlichen Auftritte aus einer persönlichkeitsbedingten Scheu vor der Öffentlichkeit resultierte. Wo lagen die Ursachen für die von Gustav Radbruch einmal als „nüchterne und glanzlose, völlig unballadeske und unpittoreske Politik“ beschriebene Repräsentation?⁶⁰ Im Prinzip oder in der Persönlichkeit? Da müsste genau hingeschaut werden. Die Persönlichkeit indes überhaupt zu erfassen, sie als Individuen zu konturieren, bleibt angesichts der Quellenlage schwierig.

Die Individualität

In der Betonung des Typischen einer Person birgt die Gefahr, daraus die Rolle der Partei oder der Bewegung in bestimmten Handlungsphasen ableiten zu wollen, um so der modernen Biografie eine „politisch-pädagogische Funktion“ zuzuweisen.⁶¹ Da überstrapaziert man den Nährwert einer lebensgeschichtlichen Betrachtung bisweilen wohl doch etwas. Auch wenn der Politiker Repräsentant einer Gruppe oder Alterskohorte ist, so bleibt immer die Frage, welche der Momente eines politischen Lebens eher individuell und welche eher typisch für einen Repräsentanten der Arbeiterbewegung des Kaiserreichs und der sozialdemokratischen Führungselite in der Weimarer Republik sind.⁶² Der Aufstieg vom Agitator zum herausgehobenen Funktionär im Kaiserreich und schließlich in das staatspolitische Corps der Sozialdemokratie ist zunächst einmal ein individueller.⁶³ Und das Handeln in konkreten Situationen wird erst durch individuelle Merkmale erklärbar. Da stößt die kollektive Biografik an Grenzen, da wird der Typus wieder zum Individuum.

Ein Beispiel mag illustrieren, was gemeint ist: Anfang Juli 1917 stellte ein bis dahin konsequent um den Burgfrieden bemühter, jetzt aber ungeduldiger Ebert im Hauptausschuss

59 Mühlhausen: Ebert – Reichspräsident, S. 148 f. und S. 502 ff.

60 Radbruch, S. 177.

61 Formuliert von Henning, S. 3.

62 Braun: Generation Ebert, S. 21.

63 So Eberhard Kolb: Zur Sozialbiographie einer Führungsgruppe der SPD am Anfang der Weimarer Republik: die Mitglieder des „Zentralrats“ 1918/19, in: Herkunft und Mandat. Beiträge zur Führungsproblematik in der Arbeiterbewegung, Frankfurt am Main/Köln 1976, S. 97–109.

die Frage, wozu die zahlreichen Opfer erbracht worden seien, wenn die Reichsführung nicht zu politischen Reformen bereit sei.⁶⁴ War dieses Lamento der drei Monate zuvor erfolgten endgültigen Parteispaltung geschuldet (also die Einheit der Partei als „Opfer“), oder spiegelte sich das persönliche Opfer wieder, der Tod zweier Söhne kurz zuvor innerhalb von nicht einmal drei Monaten? Wie wirkten sich die persönlichen Schicksalsschläge aus? Das lässt sich konkret nicht ermessen, aber man hat davon auszugehen, dass Ebert wie auch Otto Braun oder Max Quarck nicht über den Verlust hinwegkam.⁶⁵ Wenn Ebert am 9. November 1918, als ihm von Prinz Max mit den Worten: „Herr Ebert, ich lege Ihnen das Deutsche Reich ans Herz!“ die Kanzlerschaft übertrug, antwortete: „Ich habe zwei Söhne für dieses Reich verloren“,⁶⁶ so darf man dies nicht einfach als überzogenen pathetischen Ausbruch abqualifizieren. Er war tiefe Empfindung eines Mannes, der zwei Söhne auf den Schlachtfeldern verloren hatte, in einem Krieg, den man bis in den Herbst 1918 glaubte erfolgreich beenden zu können.

Gerade die persönliche Seite ist kaum adäquat in Rechnung gestellt worden, etwa die hohe psychische und physische Belastung, vor allem in der Kriegszeit, wo eine Konferenz die andere jagte. Scheidemann errechnet für sich insgesamt „ungefähr 6.000 Besprechungen“, also etwa vier pro Tag.⁶⁷ Es gibt keinen Grund, an diesen Angaben zu zweifeln. Die permanente politische Anspannung – bei mangelhafter Ernährung, denn auch im Haushalt eines sozialdemokratischen Spitzenpolitikers und Parlamentariers spürte man im Weltkrieg die katastrophale Versorgungslage⁶⁸ – setzte sich in der Nachkriegszeit fort, in der Männer wie Ebert und Scheidemann zunächst als Mitglieder der sechsköpfigen Revolutionsregierung und dann als Reichspräsident bzw. Regierungschef der ersten republikanischen Regierung mit Problemen konfrontiert wurden, wie sie sich keiner anderen Regierung in der neueren deutschen Geschichte gestellt haben. Die extremen Belastungen führten bei einigen bis zum körperlichen oder psychischen Zusammenbruch. Vielleicht erklärt sich so manche als übernervös bekrittelte Reaktion wie Noskes Zusammenbruch in der Fraktion in dem harten Ringen um Annahme oder Ablehnung des Friedensvertrags. Möglicherweise hilft hierbei die Fotografie als Quelle. In den Gesichtern der Mitglieder der Revolutionsregierung bei der Beisetzung der Opfer der Revolution am 20. November 1918 lassen sich die Anspannung der Kriegszeit und vor allem der letzten Wochen im Zeichen von Kriegsende und Revolution ablesen. Die letzten Aufnahmen des seit Jahren an Gallenkoliken leidenden Friedrich Ebert wenige Wochen vor seinem Tod Ende Februar 1925 zeigen einen kranken Mann und offen-

64 Am 3. Juli 1917 im Hauptausschuss des Reichstages. Vgl. Mühlhausen: Ebert – Reichspräsident, S. 89.

65 Vgl. Schulze, S. 189 f.; Kai Gniffke: Max Quarck – Publizist, Politiker und Patriot im Kaiserreich, Frankfurt am Main 1999, S. 245 f.

66 Überliefert bei Prinz Max von Baden: Erinnerungen und Dokumente. Neu hg. von Golo Mann und Andreas Burckhardt. Mit einer Einleitung von Golo Mann, Stuttgart 1968, S. 608.

67 Vgl. Philipp Scheidemann: Memoiren eines Sozialdemokraten, Dresden 1928, Bd. 1, S. 261 und S. 313.

68 So verlor Molkenbuhr (Mitglied im SPD-Parteivorstand) von Kriegsbeginn bis Sommer 1916 nach eigenen Angaben 25 Kilogramm an Gewicht; Bernd Braun: Hermann Molkenbuhr (1851–1927). Eine politische Biographie, Düsseldorf 1999, S. 321.

baren einen rapiden körperlichen Verfall.⁶⁹ Eine Fotogeschichte des typischen sozialdemokratischen Parteiführers im Staatsamt fehlt bislang.⁷⁰

Allerdings sollte man angesichts fehlender Quellen sich vor allzu weiten Spekulationen hüten, wenn Grundlinien politischen Selbstverständnisses aus psychischen Dispositionen abgeleitet werden. So macht der Biograf Rintelen Bauer und die Seinen zu undemokratischen Demokraten, attestiert einen autoritären Führungsstil, der „wahrscheinlich ihren psychischen Bedürfnissen“ entsprochen habe. Dazu sei eine „im bürgerlich-feudalen Lager weitverbreitete antilinke Aggressivität“ gekommen.⁷¹ Hier scheinen Urteil und Begründung fehlzugehen.

Dennoch: Psyche und Physis ist nachzugehen. So ist Scheidemanns Rückzug nach noch nicht einmal der Hälfte seiner 12-jährigen Amtszeit als Oberbürgermeister von Kassel ohne die permanent angegriffene Gesundheit mit wochenlangen Klinikaufenthalten und Kuren nicht zu erklären.⁷² Bernd Braun liefert detailliert Aufschlüsse, wie die schwere Krankheitsgeschichte von Reichskanzler Hermann Müller, die diesen im Sommer 1929 zu einer dreimonatigen Abwesenheit von Berlin zwang, dessen Amtsausübung beeinflusste.⁷³ Vieles, was durchaus als beachtenswert zu sehen ist, scheint übersehen worden zu sein: Wie wirkte sich etwa die Behinderung von Gustav Bauer aus, dem (wir wissen nicht mal wann und warum) ein Bein unterhalb des Oberschenkels amputiert werden musste, der das körperliche Manko aber nicht so kaschieren konnte wie Wilhelm II. seinen verkrüppelten Arm? Auch wenn man solche Fragen letztlich nicht abschließend beantworten kann, so muss man sie zumindest doch stellen und versuchen zu lösen.⁷⁴

Wenig wissen wir über die persönlichen Beziehungen untereinander; da werden alle vom Typus Ebert in einen Topf geworfen, ob Scheidemann, Müller, Wissell, Noske, Schmidt und Ebert. Vorhandene persönliche Rivalitäten werden nur selten ausgemacht.⁷⁵ Allgemein bleiben die Beziehungen der Regierungssozialisten zu den Politikern außerhalb der eigenen Rei-

69 Walter Mühlhausen: *Im Visier der Fotografen. Reichspräsident Friedrich Ebert im Bild*, Heidelberg 2009, S. 57 ff.

70 Wie sie Bernd Braun für die Reichskanzler (und damit auch für die drei Regierungschefs der SPD) vorgelegt hat; siehe unten Anm. 82.

71 Rintelen, S. 265.

72 Scheidemann führte seine chronische Krankheit auf die „jämmerliche Ernährung im Kriege und die unausgesetzten Anstrengungen“ zurück; vgl. Mühlhausen: *Scheidemann*, S. 155 f.

73 Bernd Braun: „Solange man schnaufen kann, muss man kämpfen!“ – Zu Krankheit und Tod von Reichskanzler Hermann Müller, in: *Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 157* (2009), S. 403–428.

74 Rintelen (S. 12) erwähnt die Amputation, stellt sich die Frage aber gar nicht; Martin Vogt weist zumindest darauf hin, dass die Behinderung eine besondere Sensibilität für Benachteiligte und für die Notwendigkeit, diesen zu helfen, bewirkt habe. Vgl. Martin Vogt: *Gustav Adolf Bauer (1870–1944)*, in: Wilhelm von Sternburg (Hg.): *Die deutschen Kanzler. Von Bismarck bis Merkel*, Berlin 2006 (Erstaufl. 1985), S. 231–249, hier S. 233.

75 Wenn Rintelen schon im Titel von Bauer als „Freund Eberts“ schreibt, so ist das richtig, aber Reichswehrminister Gustav Noske, der gern mit Ebert in einen Topf geworfen wird, ist kein enger Freund Eberts gewesen, bei aller gegenseitiger Wertschätzung. Und wenn sich Scheidemann und Ebert mit „Du“ anredeten, so kann das die schweren persönlichen Differenzen nach 1918 kaum übertünchen.

hen, zu den Kabinettskollegen im Besonderen, weitestgehend im Dunkeln. Auch die Frage, wer den Amtsinhaber beriet, ist nicht aufgelöst worden. Was wir über die Berater und Vertrauten Bismarcks wissen,⁷⁶ kann nur zu einem winzigen Bruchteil über jene der SPD-Kanzler gesagt werden oder über jene im Umfeld des ersten Reichspräsidenten, der immerhin sechs Jahre im Amt war. Eben weil der Einfluss von Beratern und Freunden nur schwerlich festzumachen ist, ist es umso sträflicher, das Bild eines leicht beeinflussbaren SPD-Politikers zu malen, etwa wenn man die Bildung des Kabinetts des parteilosen Wirtschaftsführers Wilhelm Cuno Ende 1922 als eine „halbwilhelminische Regierungskonstruktion“ bezeichnet, mit der das parlamentarische System, „von Ebert mehr fahrlässig, von seinen Beratern mehr vorsätzlich“, beamtenstaatlich zurückgedreht worden sei.⁷⁷ Der sozialdemokratische Reichspräsident wird so zu einem von seinen „Beratern“ unsichtbar „Geschobenen“ gemacht wie später Hindenburg – wer allerdings bei Ebert souffliert oder ihn kräftig „geschoben“ hat, bleibt signifikanterweise ungenannt. Die angeführten „Berater“ verschwinden im Nebel, auch weil man sie wohl nicht namhaft machen kann. So wird in geradezu fahrlässiger Weise das Bild von einer Kamarilla angedeutet, ohne für die Existenz einer solchen Belege beibringen zu können. Unheilvolle Ratgeber wie bei Hindenburg gab es bei Ebert nicht. Es bleibt nachzuprüfen, wer bei den SPD-Kanzlern und Ministerpräsidenten zum engeren Zirkel gehörte. Wo lagen die politischen Differenzen und die persönlichen Animositäten⁷⁸ der Entscheidungsträger? Mit wem stand der Protagonist in enger Tuchfühlung oder scharfer Auseinandersetzung?⁷⁹ Das sind gewiss nur schwer zu beantwortende Fragen bei den sozialdemokratischen Politikträgern, denen aber nachzugehen der Mühen lohnen würde.

Ein weiterer Aspekt: Spielte möglicherweise die Herkunft in der politischen Ausrichtung bei Einzelentscheidungen eine Rolle? Hatte es Bedeutung, wenn Ebert einen selbstverfassten Lebenslauf (wohl aus dem Jahr 1919) mit den Worten „Ebert ist Süddeutscher“ begann? Wollte er damit süddeutsche Liberalität und sozialdemokratischen Reformismus als seinen durch die Landsmannschaft implementierten Wertekanon kennzeichnen? Von Zeitgenossen wurde seine badische Herkunft als Grund für seine Politik des behutsamen Übergangs in die Revolutionszeit gesehen: „Badener von Geburt (...), lag ihm der demokratische Gedanke im Blute. Die Revolution war ihm zuwider.“⁸⁰ Ob diese antirevolutionäre Grundhaltung ein Wesenszug des gemeinen Badeners ist, mag dahingestellt sein, zumal sich Eberts politische Sozialisation und Ausformung während der Wanderschaft und in Bremen vollzog. Aber in der Tat ist bei Einzelentscheidungen nach landsmannschaftlichen Prägungen zu fragen. Wie musste sich der aus dem ostpreußischen Darkehmen stammende Bauer fühlen, als er in seiner ersten Amtshandlung als Reichskanzler die Zustimmung zum Versailler Vertrag verkünden musste, womit seine Heimat vom Reich abgeschnitten wurde? Ist es daher nicht

76 Lothar Gall/Ulrich Lappenküper (Hg.): Bismarcks Mitarbeiter, Paderborn 2009.

77 So Lehnert, S. 273.

78 Begriffspaar dem Einband der Dietz-Biografie von Angela Graf (siehe Anm. 49) entlehnt.

79 Wortpaar bei Mittag: Keil, S. 18.

80 So Grzesinski, S. 95. Eberts Lebenslauf wieder abgedruckt in: Walter Mühlhausen: Friedrich Ebert – Sein Leben, sein Werk, seine Zeit, Heidelberg 1999, S. 12.

umso beachtenswerter, dass er die Schuld der Unterschrift schulterte, während andere angesichts der Belastungen lieber gern aus dem Amt flüchteten?

Aus der Liste der weiter zu berücksichtigenden Parameter soll hier noch der Einfluss von Frauen ausdrücklich benannt werden, wobei sogleich eingestanden werden muss, dass wir über die Partnerinnen der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder äußerst wenig wissen, ja mitunter nicht einmal die Namen.⁸¹ So hat erst Bernd Braun jüngst zumindest Namen und Lebensdaten der beiden Frauen von Hermann Müller vollständig geliefert.⁸² Allein dies bedarf der mühevollen detektivischen Recherche. Von der Namensermittlung bis hin zur einigermaßen zufriedenstellenden Vorstellung der Weggefährtin, gar als einer eigenständigen und den Mann politisch fordernden, beratenden und beeinflussenden Persönlichkeit, ist es ein weiter Weg, der mangels Quellen nur selten gegangen werden kann.

Bundespräsident Gustav Heinemann hat mit gutem Grund einmal davon gesprochen, dass „Männer in öffentlichen Ämtern nicht ohne ihre Frauen durchs Leben gehen“ würden.⁸³ Das gilt auch für die sozialdemokratischen Spitzenpolitiker. Aber es bleibt schwierig, ihre Frauen angemessen zu würdigen. So reicht das geringe Quellenmaterial zur Frau des ersten Reichspräsidenten lediglich zu einer deskriptiven Beschreibung, wobei das Fremdbild von Louise Ebert breiten Raum einnimmt. Als Akteurin, als eine eigenständig handelnde Person mit Gedanken, Plänen und Wirkungskraft, trat sie nicht in Erscheinung, auch weil sie später nichts von ihrem Innenleben preisgab.⁸⁴ Obwohl sie bis 1955 lebte, ist eine systematische Befragung nicht unternommen worden, so dass nicht viel mehr bleibt als die übliche Feststellung, dass sie als sein Rückhalt stets im Hintergrund geblieben und in die durch den politischen Weg ihres Mannes bestimmten Rollen hineingewachsen sei.⁸⁵ Nach Heirat und Geburt der Kinder nahmen die Ehepartnerinnen der sozialdemokratischen Spitzengarnitur Weimars für den Rest ihres Lebens ihre Rollen als „Frau an seiner Seite“ an, auch wenn sie zuvor selbst eine Parteikarriere angestrebt oder vor Augen hatten.⁸⁶ Mitunter findet die Lebenspartnerin Erwähnung nur als Opfer, wie Scheidemanns Ehefrau Johanna, für deren Tod 1926 die Beleidigungen und Verleumdungen, denen sich Scheidemann als Repu-

81 In den Diskussionen während der Tagung wurde das Fehlen von Hinweisen zur Bedeutung der (Ehe-) Frauen für die Politiker von Weimar als sträfliche Vernachlässigung bemängelt. Es erweist sich daher als erforderlich, ausführlicher darauf einzugehen, um zu zeigen, dass eben diese Frage unbeantwortet bleiben muss.

82 Frieda Tockus und Gottliebe Jäger; vgl. Bernd Braun: Die Weimarer Kanzler. Zwölf Lebensläufe in Bildern, Düsseldorf 2011, S. 133 ff. Im Artikel über Hermann Müller in der NDB findet sich bei der ersten Frau noch „N.N.“; Neue Deutsche Biographie. 18. Band, Berlin 1997, S. 410.

83 Rede zum 100. Geburtstag Eberts am 4. Februar 1971; Gustav W. Heinemann: Zur Reichsgründung 1871 – Zum 100. Geburtstag von Friedrich Ebert, Stuttgart 1971, S. 36.

84 Friedrich Winterhager: Louise Ebert (1873–1955). Von der niedersächsischen Häuslerkate zum Präsidentenpalais in Berlin, Sankt Augustin 1995.

85 In dieser eher schon floskelhaften Weise äußert sich der Autor selbst in seiner Vorstellung der Frau des späteren Reichspräsidenten; Mühlhausen: Ebert – Reichspräsident, S. 49.

86 Siehe neben Louise Ebert auch den Lebensweg von Helene Schweida, die zum erlauchten Kreis der an der Parteischule fortgebildeten Nachwuchskräfte gehörte: Nach ihrer Heirat mit Wilhelm Kaisen gab sie ihr parteipolitisches Engagement weitgehend auf; vgl. mit weiteren Literaturhinweisen: Walter Mühlhausen: Wilhelm Kaisen und Friedrich Ebert. Zwei Staatsmänner, Bremen 2010, S. 9 ff.

blikgründer und auch als Oberbürgermeister in Kassel ausgesetzt sah, verantwortlich gemacht wurden.⁸⁷ Eine Kampfesgemeinschaft von politisch gleichermaßen aktiven, gar vielleicht gleichberechtigten Ehepartnerinnen lässt sich bei den sozialdemokratischen Politikern vom Typus Ebert nicht ausmachen. Eine Elly Heuss-Knapp ist nicht unter ihnen. Es fehlen also zumeist die Quellen, um die Bedeutung des familiären Umfelds für die Biografie zu zeichnen.

Insgesamt: Es ist ein ganzes Bündel in den Blick zu nehmen, will man das erfüllen, was Gerald D. Feldman als Richtung der biografischen Analyse vorgegeben hat: „Vor allem gilt es, erbrachte und potentielle Leistungen eines ums Leben gekommenen Staatsmanns mit dessen eigener Einschätzung seiner Lage zu vergleichen.“⁸⁸ Und es braucht Raum, um das, gestützt auf einen breiten Quellenfundus, zu leisten und vor allem um lieb gewordene Legenden zu widerlegen und dabei den Leser an der Meinungsfindung teilhaben zu lassen. Das ist das Urgeschäft der historischen Forschung. Die seriöse Geschichtswissenschaft bedarf der Mahnung, sich kurz zu fassen, nicht.⁸⁹ Vielleicht ist es ja gerade die Erschütterung festgeschriebener tradiertur Urteile, die aufzugeben man nicht bereit ist, woraus unbotmäßige Kritik an den auf breiter Quellenbasis geschöpften Darstellungen erwächst, die die lange gepflegten Stereotypen demaskieren. Wenn man die Biografie den Erfordernissen einer Beschreibung der Interdependenzen von Person und Umwelt unterwirft, wird man bei den Politikträgern, die an den Nahtstellen von Epochen Bedeutung erlangten und über spannungsgeladene Jahre im Amt blieben, an einer Ausführlichkeit nicht vorbeikommen, gerade wenn man Tradiertes überzeugend widerlegen will (und kann). Mit gutem Grund erhielt Wolfram Pyta für seine große Hindenburg-Biografie von über 1.100 Seiten 2009 den baden-württembergischen Landesforschungspreis.⁹⁰

Alles in allem hat als Leitlinie für eine biografische Aufarbeitung der sozialdemokratischen Politiker vom Typus Ebert das zu gelten, was Gustav Radbruch im November 1923 in der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ als Orientierungswerte beschrieb, zu einem Zeitpunkt, als das Verhältnis zwischen Partei und Reichspräsident wegen der von Ebert absegneten Reichsexekution gegen Sachsen auf dem Tiefpunkt angelangt war und sogar einige Parteigliederungen draußen im Lande lautstark den Parteiausschluss des einstigen Vorsitzenden forderten: „Der Parteipolitiker muss einen unerschütterlichen Glauben an die

87 Scheidemann, Bd. 2, S. 418. Dazu auch die Trauerrede des Parteivorsitzenden Otto Wels am Grab im „Casseler Volksblatt“, Nr. 207 vom 6. September 1926; vgl. Mühlhausen: Scheidemann, S. 159.

88 Gerald D. Feldman: Der unschlüssige Staatsmann. Rathenaus letzter Tag und die Krise der Weimarer Republik, in: Tilmann Buddensieg u. a. (Hg.): Ein Mann vieler Eigenschaften. Walther Rathenau und die Kultur der Moderne, Berlin 1990, S. 84–98, hier S. 84.

89 Wie in dem gänzlich fehlgehenden pharisäerhaften Unkenruf von Volker Ullrich in „Die Zeit“, Nr. 15 vom 4. April 2007. Die Gefahr für das Ansehen des Genres Biografie kommt vielmehr von jenen vielschreibenden Autoren, die den unzähligen Studien über die Großen der Geschichte von Napoleon bis Bismarck noch ein weiteres, äußerlich wie inhaltlich dürres Bändchen, unter jubiläumsträchtigen Verkaufsinteresse geschrieben und bestenfalls (wenn überhaupt) aus dünner Quellenbasis geschöpft, hinzufügen, dessen Erkenntniswert äußerst mager ist.

90 Wolfram Pyta: Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler, München 2007 (sowie 2009 als Taschenbuchausgabe).

eigene Parteiideologie haben, sonst ist er ein Scharlatan, ein Demagoge, ein Volksbetrüger. Der Staatsmann muss aber etwas anderes haben. Neben dem festen Glauben an die Parteiideologie muss er auch die Möglichkeit zum Zweifel und zur Umstellung, muss er die Möglichkeit haben, sich in jedem Augenblick durch Erfahrung belehren zu lassen. Er muss die Fähigkeit haben, ein Prinzip über Bord zu werfen, wenn es die Idee dieses Staates fordert.“⁹¹ Nimmt man dies als Bewertungsmaßstab des politischen Handelns in Partei und Staatsamt, so müsste es gelingen, die Männer vom Typus Ebert aus dem historiographischen Niemandsland hervorzuholen. Gewiss – zu Lebzeiten entwickelte sich um die sozialdemokratischen Politiker Weimars weder als Parteifunktionäre noch als Staatspolitiker ein Führerkult, fehlte ihnen doch das Charisma;⁹² sie wuchsen weder zu Lebzeiten noch nach dem Tod zum milieuübergreifenden Mythos,⁹³ aber in extremen Situationen waren sie zum Handeln verdammt, taten ihre Pflicht unter denkbar ungünstigen Rahmenbedingungen, persönlich angefeindet, verleumdet, in der Gefahr für Leib und Leben. Allein dies rechtfertigt, sie vor dem Vergessen zu bewahren.⁹⁴

91 „Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung“, Nr. 276 vom 26. November 1923.

92 Daher findet sich keiner aus der sozialdemokratischen Führungsetage von Weimar in dem von Möller (siehe Anm. 30) besorgten Sammlung von Beiträgen über die charismatischen Führer der deutschen Nation.

93 Siehe zur allgemeinen Theorie des Führerkults den jüngsten Überblick von Heidi Hein-Kircher: Führerkult und Führermythos. Theoretische Reflexionen zur Einführung, in: Benno Ennker/Heidi Hein-Kircher (Hg.): *Der Führer im Europa des 20. Jahrhunderts*, Marburg 2010, S. 3–23, besonders S. 11 ff.

94 So der Buchtitel von Lösche/Scholing/Walter.